

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 6 / Juni 2009 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

Für einen neuen Generationenvertrag

SoVD-Podiumsteilnehmer
bei IG-Metall-Kongress

Seite 2

Vereint für eine gemeinsame Bildung

Nationale Bildungskonferenz
der BMAS in Berlin

Seite 3



Foto: awfoto/fotolia

Europäisches Parlament als soziales Korrektiv

Wahlprüfsteine des SoVD
zur Europawahl

Seite 5

SoVD fordert Garantie ohne Nachholung von Kürzungen Rentenschutzklausel mit Haken

Mithilfe einer gesetzlichen Garantie will die Bundesregierung künftige Rentenkürzungen unterbinden. Eine entsprechende Schutzklausel, die zuvor von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz eingebracht worden war, wurde Anfang Mai im Bundeskabinett beschlossen. Die Änderung soll noch vor der Wahl in Kraft treten.

Die neue Rentenschutzklausel verhindert auf Dauer, dass die Bezüge der aktuell rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Zeiten der Konjunkturschwäche sinken.

Die Bundesregierung reagierte damit auf die vom Sozialverband Deutschland immer wieder vorgetragene Befürchtung, dass die Löhne im laufenden Jahr wegen der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Kurzarbeit sinken würden. Dies nämlich hätte laut bislang geltendem Recht – nach einer einmaligen Erhöhung von 2,4 Prozent – zu weiteren Rentenkürzungen geführt.

Die Renten schrumpfen künftig auch dann nicht, wenn die Löhne weiter einbrechen, an deren Entwicklung die Altersbezüge gekoppelt sind. Dies ist ein großer, kurzfristiger Erfolg, für welchen unter anderem der SoVD den Boden bereitet hat. Aber die Rentenschutzklausel hat einen Haken: Die ausgebliebenen Rentenkürzungen sollen ab 2011 mit möglichen Rentenerhöhungen der Zukunft verrechnet werden.

Insofern erkennt der Sozialverband Deutschland zwar an, dass die Bundesregierung mit der neuen Schutzklausel Rentenkürzungen verhindern will. Dies hat SoVD-



Foto: nerek / photocase

Für Rentnerinnen und Rentner ist der Wertehalt ihrer Renten nach den tiefen Einschnitten der vergangenen Jahre von existentieller Bedeutung, da ihnen jede Möglichkeit fehlt, ihre finanzielle Situation nachträglich zu verbessern.

Präsident Adolf Bauer in einem Brief an den Bundesarbeitsminister und in einer entsprechenden Presseerklärung deutlich gemacht. Gleichzeitig fordert der SoVD-Präsident jedoch mit Vehemenz, die Rentenschutzklausel so auszugestalten, dass jetzt verhinderte Kürzungen nicht zu einem späteren Zeitpunkt zum Nachteil der Betroffenen nachgeholt werden. Dazu müsse vor allem der Nachholfaktor abgeschafft werden, der ab 2011 greife, so der SoVD-Präsident.

Ansonsten zeichneten sich für die rund 20 Millionen Empfänger von Altersbezügen düstere Aussichten ab. „Es muss auf Jahre hinaus mit Nullrunden oder nur mit sehr geringen Rentenanpassungen gerechnet werden. Denn auch die rentenkürzende Wirkung des Riesenfaktors, der 2008 und 2009 ausgesetzt wurde, soll 2012 und 2013 nachgeholt werden“, prognostiziert Adolf Bauer. Weitere Einbußen seien jedoch für die Rentnerinnen und Rentner, die allein in den letzten fünf

Jahren Kaufkraftverluste von zehn Prozent hinnehmen mussten, nicht zu verkraften.

Auch in Politik und Wirtschaft wurde die Rentengarantie unterschiedlich aufgenommen. So findet das geplante Gesetz bei den Gewerkschaften zwar allgemeine Unterstützung; enthusiastische Reaktionen erntete die Schutzklausel jedoch nicht.

Ein Konzept für einen radikalen Kurswechsel in der Rentenpolitik

Fortsetzung auf Seite II

Blickpunkt

Wir alle zahlen notgedrungen Steuern und würden nur zu gerne den Politikern glauben, die unregelmäßig eine Entlastung versprechen. Aufgrund der Finanzkrise scheint diese jedoch in weite Ferne gerückt. Eine Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) kam nun sogar zu dem Ergebnis, dass Geringverdiener in Deutschland im europäischen Vergleich die höchste Abgabenlast tragen. Da unser Fiskus beispielsweise Sozialabgaben nur bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe erhebt (der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze), sinkt die Belastung für Besserverdiener ab einem bestimmten Punkt wieder. Allein dadurch gehen der Bundesregierung – und damit letztlich uns allen – jedes Jahr Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verloren. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise müssten jedoch Spitzenverdiener entsprechend ihren Möglichkeiten stärker an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligt werden! Wenn auch niemand von uns gerne Steuern zahlt, so dürfen wir doch zumindest erwarten, dass die Lasten solidarisch verteilt werden!



**Richard Dörzapf,
Mitglied im
SoVD-Bundesvorstand**

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerenten-Risikoversicherung*

- Beiträtsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Leistung bereits ab Pflegestufe 1
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG
MANNHEIMER

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Debatte um gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung nicht verschleppen

Die gesetzliche Regelung der Patientenverfügung droht zu scheitern. Zumindest für diese Legislaturperiode scheint das Thema von der Tagesordnung gestrichen und damit „gestorben“ zu sein. Die Abgeordneten konnten sich bislang noch nicht einmal darauf einigen, in welcher Reihenfolge die mittlerweile vier Entwürfe zum Patientenverfügungsgesetz abgestimmt werden sollen. Einige Befürworter der Neuregelung argwöhnen auch, dass eine Entscheidungsfindung vor der Bundestagswahl verhindert werden soll. Und de facto gibt es eine Gruppe, die den Standpunkt vertritt, die komplexen Fragen um den Willen des Patienten ließen sich gesetzlich kaum besser regeln. Ein entsprechender Antrag hat sich zu

den drei fraktionsübergreifenden Entwürfen gesellt, die in erster Lesung Ende 2008 diskutiert wurden.

Keine Frage, die Debatte ist komplex. Fest steht aber auch: Ein Scheitern des Gesetzgebungsverfahrens, das vom Bundesgerichtshof bereits 2003 angeordnet worden war, hätte schwerwiegende Folgen für Patienten und deren Familien. Ein Problem zu verschleppen, bringt leider keine Abhilfe.

Niemand weiß, was das Leben bereithält. Jeder kann plötzlich in die Situation gelangen, nur noch von Apparaten abhängig zu sein, ohne sich selbst artikulieren zu können. Deshalb muss sichergestellt werden, dass der schriftliche Wille des Patienten auch tatsächlich respektiert wird.

veo